



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

4. Sitzung vom 4. November 2024

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.37 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Aline Glaser, Gian Kamber

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin und die Mitglieder des Gemeinderats ganz herzlich zur heutigen Sitzung. Weiter heisst sie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger sowie die Vertreter der Medien willkommen. Ganz besonders freut sie sich, heute Abend derart viele Gäste begrüssen zu dürfen. Seit die Votantin in diesem Rat ist, ist es das erste Mal, dass sie so viele Gäste an einer Einwohnerratssitzung sieht. Sie findet das super und es heisst vermutlich auch, dass die Sitzung spannend wird, wenn sie ein solches Interesse weckt.

Besonders begrüsst die Präsidentin heute Monique van Loon, die für Isabelle Amacker in der Fraktion der Mitte/GLP Platz genommen hat und heute ihre erste Sitzung hat.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Gian Kamber, Mitte/GLP, und Aline Glaser, Grüne/EVP. Damit sind 38 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20 und das Zweidrittelmehr bei 26.

Neue Vorstösse

Nr. 26, Anfrage Th. Schwarb, Grüne/EVP zur Medienmitteilung des Gemeinderats vom 25.09.2024: «Der Gemeinderat Binningen begrüsst den Zolli in Binningen»

Nr. 29, Interpellation G. Löhr, SP: Sportplätze in Binningen

Nr. 30, Interfraktionelles Postulat: Zolli in Binningen: Ja - aber unter klaren Bedingungen

Die Präsidentin teilt mit, die schriftlichen Antworten des Gemeinderats zur Anfrage liegen den Ratsmitgliedern bereits vor. Sie fragt die Verfasserinnen und Verfasser der eingegangenen Vorstösse, ob jemand seinen resp. ihren Vorstoss begründen möchte.

Interpellantin Gaida Löhr, SP findet, ihr Vorstoss sei eigentlich selbsterklärend. Es ist ihr aber ein Anliegen darauf hinzuweisen, wie wichtig es in Binningen ist, wo man zu wenig Plätze für den Sport hat, dass möglichst bald ein Konzept vorliegt, insbesondere für die Phase des Umbaus im Dorf, welches zeigt, wie man den Jugendlichen in dieser Zeit die Möglichkeit gibt, Sport zu betreiben.

Bereinigung der Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte in Absprache mit dem Büro einen Antrag auf Änderung der Traktandenliste stellen. Die Antworten auf die Anfrage von Thomas Schwarb zum Zolli, die die Ratsmitglieder bereits schriftlich erhalten haben, sollen dem Einwohnerrat vom Gemeinderat ausnahmsweise auch mündlich zur Kenntnis gebracht werden und zwar als neues Traktandum 3 vor dem Geschäft « Teilzonenplan Zentrum ». Der Grund dafür ist, dass diese Anfrage inhaltlich eng mit der Teilzonenplanung Zentrum verknüpft ist.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP findet, der Rat sollte diesem Antrag nicht folgen. Er möchte sich für die Antworten des Gemeinderats bedanken. Das ist weitaus genügend. Es gibt voraussichtlich sehr hohen Diskussionsbedarf bei den folgenden drei Geschäften, daher würde er gerne darauf verzichten.

Christoph Daniel Maier, FDP äussert, das Traktandum sei als Anfrage titulierte. Das heisst, wenn man es vorziehen würde, würde es dazu führen, dass nur der Gemeinderat reden könnte und das Parlament zu dieser Antwort bzw. zu diesem Traktandum nicht Stellung beziehen könnte. Der Redner findet dies nicht angemessen und würde daher beliebt machen, Thomas Schwarb zu folgen, der in Bezug auf seine eigene Anfrage das übliche Prozedere eingehalten haben möchte. Entsprechend: keine Änderung der Traktandenliste.

Jonathan Noack, SP begrüsst die Änderung der Traktandenliste. Es scheint ihm wichtig, dass alle Anwesenden auf dem gleichen Informationsstand sind und es einmal gehört haben, insbesondere auch weil es heute viele Gäste im Saal hat und ein Thema ist, das viele Leute interessiert. Da er davon ausgeht, dass nicht alle die Antworten schriftlich nachlesen werden, findet er es einen guten Vorschlag, diese mündlich vorzulesen.

ABSTIMMUNG

Anpassung Traktandenliste: 15 JA / 23 NEIN (Abstimmung 01, vgl. Anhang)

://: Die Anpassung der Traktandenliste wird ablehnt.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 23. September 2024	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds des Primarschulrats für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028	27
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2024 Teilzonenplan Zentrum Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	63/XII
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.10.2024 Quartierplan Spiesshöfli und Volksinitiative Birsigpark Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	25
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.09.2024 Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass» Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	28
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.10.2024 Motion Th. Haefele, FDP, und C.D. Maier, FDP: Verner Panton-Strasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	200/XIII
7. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 23. September 2024

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, im Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 27

Ersatzwahl eines Mitglieds des Primarschulrats für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, bisher liege eine Kandidatur für die Ersatzwahl vor, nämlich die von Beatrix Lutiger, welche von der Mitte/GLP unterstützt werde. Die Ratsmitglieder haben die Bewerbung von Frau Lutiger in ihren Unterlagen. Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall.

Lukas Jegge, Mitte/GLP erläutert, die Mitte/GLP habe die Möglichkeit, eine Nachfolgerin für Isabelle Amacker im Primarschulrat zu stellen. Mit Beatrix Lutiger haben sie eine geeignete Kandidatin für den Primarschulrat gefunden. Sie wohnt seit mehr als 20 Jahren in der Gemeinde Binningen, hat beide Kinder hier aufgezogen und die Kinder gingen auch in Binningen zur Schule. Sie hat an der ETH Umweltwissenschaften studiert und lange Zeit in der pharmazeutischen Industrie gearbeitet. Die weiteren Fakten können die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dem beiliegenden Bewerbungsbogen entnehmen. Im Rahmen einer beruflichen Umorientierung sucht Beatrix Lutiger eine neue Herausforderung im Bildungswesen. Sie hat einen CAS-Kurs als Schulleiterin absolviert, weiter ist sie Mitglied im Vorstand der Elternbildung Leimental und hat sich auch bei der Elternhilfe beider Basel engagiert.

Frau Lutiger musste im Herbst notfallmässig in der Primarschule Mühlematt als Vertretung aushelfen resp. hilft dort aus. Daher hat sie noch einen Vertrag mit der Gemeinde Binningen, der aber Ende Jahr ausläuft bzw. in der ersten Kalenderwoche. Das ist der 5. Januar 2025. Der Votant erwähnt dies, da es offenbar in der Bürositzung ein Thema war. Ab diesem Datum ist Beatrix Lutiger einsatzbereit für den Primarschulrat und würde sich dort gerne einbringen und mitwirken. Der Redner konnte dies am Wochenende auch mit dem Primarschulratspräsidenten Kevin Lancashire abstimmen. Das demokratische System ist angewiesen auf engagierte und kompetente Personen. Er kann die Kandidatin mit bestem Gewissen und Wissen empfehlen und lädt die Parlamentsmitglieder ein, Beatrix Lutiger in den Primarschulrat zu wählen.

Die Präsidentin informiert, da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, könne eine Stille Wahl vorgenommen werden. Beatrix Lutiger kann ab dem 5. Januar 2025 für die restliche Amtsperiode bis zum 31. Juli 2028 in den Primarschulrat gewählt werden mit dem Vorbehalt, dass ihr Anstellungsverhältnis bis zu diesem Zeitpunkt aufgelöst ist. Ist die Stille Wahl unter diesen Umständen bestritten? Das ist nicht der Fall.

STILLE WAHL

://: Beatrix Lutiger, parteilos, wird ab dem 5. Januar 2025 für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2028 als Mitglied in den Primarschulrat gewählt mit dem Vorbehalt, dass ihr Anstellungsverhältnis bei der Primarschule Binningen bis zu diesem Zeitpunkt aufgelöst ist.

Traktandum 3

Nr. 63/XII

Teilzonenplan Zentrum

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stefan Kaiser, FDP erläutert, der Gemeinderat habe dem Rat eine Vorlage präsentiert mit x hundert Seiten Dokumentation, Berichte, Evaluationen etc. Seine Fraktion erachtet es nicht als zielführend, nun hier im Rat eine Detaildebatte zu starten. Diese Vorlage verdient definitiv eine seriösere Auseinandersetzung und dafür wäre eines der ständigen Gremien des Einwohnerrats zuständig. Daher möchte die FDP beliebt machen, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Dort könnten all die Details, die im Moment heiss kursieren, besprochen werden. Es kann auch diskutiert werden, ob die Hauptstrasse eine grüne Oase werden darf oder werden soll, ob man auf dem Heimweg abends nicht mehr mit dem Auto vor den Laden fahren kann oder ob man an der Baslerstrasse zwingend vorsehen muss, dass das EG ein Geschäftsraum ist. Das ist an dieser Lage aus Sicht der FDP wahrscheinlich nicht die günstigste Geschichte und eine Vorschrift an die Enteignung der dortigen Liegenschaftsbesitzer. Es gibt definitiv noch viele weitere Themen, die dort hineinspielen und kontrovers diskutiert werden, daher stellt die Fraktion den genannten Antrag, um dem Einwohnerrat dann ein ausgewogenes Paket präsentieren zu können.

Nina Eldridge, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung des Teilzonenplans. Die Planung ist ein langjähriger und komplexer Prozess, den Binningen aber definitiv benötigt. Die Zentrumszone nach einem aus dem Jahr 1974 stammenden Regelwerk zu gestalten, muss dringend geändert werden. Eine moderne Stadtplanung muss möglich gemacht werden, was mit den neuen Zonenvorschriften geplant ist. Wie ihr Vorredner bereits erwähnt hat, erachtet auch die Mitte/GLP es aufgrund der Grösse und Komplexität des Projekts als sinnvoll, das Geschäft in die BPK zu überweisen. Dort können sich die zuständigen Einwohnerratsmitglieder nochmals ein detaillierteres Bild des Projekts machen und allfällige Fragen klären. Der Mehraufwand ist für die Fraktion nachvollziehbar und sie nehmen den Nachtrag zur Kenntnis. Die Mitte/GLP wird dem Antrag folgen, das Geschäft in die BPK zu überweisen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat ebenfalls für die Unterlagen zum Teilzonenplan Zentrum. Was ihnen bei den Unterlagen noch gefehlt hat, obwohl es ja viel war, war der Mitwirkungsbericht, den man auf der Webseite zusammensammeln musste. Die Fraktion ist natürlich definitiv auch für eine seriöse Betrachtung dieser umfangreichen Materie in der BPK. Trotzdem möchten die Votantin gerne noch einige Sache zur Kenntnis bringen, die sie sich überlegt haben. Das Gebiet umschliesst sehr unterschiedliche Zonen. Historische Bauten, zwei Hauptstrassen mit entsprechend dichter Bebauung, Quartierstrassen, Grünzonen und ein Schulareal. Der Planungsbericht versucht eine gewisse Einheit zu schaffen mit Fokus auf Verdichtung, muss aber viele Ausnahmen festlegen. Insbesondere entlang der Hauptstrassen sollen möglichst hohe und geschlossene Bebauungen die Ausnutzung verbessern und als Lärmschutz dienen. Das hat sicher positive und negative Aspekte.

Verdichtung im Zentrum soll der Zersiedelung und der Versiegelung von Boden entgegenwirken. Dafür sind sie alle. Dass die Bebauung auch als Lärmschutz dienen soll, überzeugt hingegen mittelmässig. Schliesslich bedeutet es, dass mehr Wohnungen gerade entlang der lauten und abgasbelasteten Strassen gebaut und entsprechend mehr Bewohnende diesen Bedingungen ausgesetzt werden. Eine bessere Wohnqualität für alle könnte wahrscheinlich durch eine Temporeduktion und eine Verkehrsberuhigung besser erreicht werden. Auch das Argument einer besseren Aufenthaltsqualität auf der Strasse überzeugt nur teilweise. Z.B. fehlt im Bereich der Baslerstrasse neu die Reserve für ein immer noch nicht durchgängig bestehendes Trottoir. Ausserdem wird der Luftaustausch von der Strasse zu den Grünflächen behindert, was zu Hitzeinseln führen kann. Es ist eine vermehrte Begrünung der Strassen geplant. Die Fraktion fragt sich, ob das möglich ist und nicht durch die zu dichte Nutzung des Untergrunds verunmöglicht wird, zumal unter der Baslerstrasse noch der Birsig fliesst. Ebenfalls fragen sie sich, wie sich die Wanderrouen der Wildtiere durch die geschlossene Bauweise verhalten. Sie begrünnen die Vorgaben zur Begrünung der Flachdächer und Hinterhöfe. Auch sollte man die Gelegenheit nutzen, wo möglich Klimaschutzmassnahmen, wie vermehrte Fotovoltaik und den Anschluss ans Wärmenetz, zu fördern.

Zudem steht natürlich noch die ganze Diskussion über die untere Schutzmatte im Raum. Das Gebiet des Robi-Spielplatzes soll umgezont werden von Spielplatz in Spielplatz/Grünzone, um eine etwaige Nutzung durch den Zolli möglich zu machen. Die Grünen/EVP sehen hier grossen Diskussionsbedarf. In einer Situation, in der es schwerfällt, einen Platz für das Jugendhaus oder den Werkhof zu finden, kann sich die Fraktion nicht vorstellen, dass es einfach ist, eine so grosse und wichtige Institution sinnvoll zu verschieben. Auch wenn sie es natürlich begrünnen, eine möglichst grosse Grünzone zu behalten. Aufgrund des umfangreichen Geschäfts und der Tragweite der Entscheidungen empfehlen sie wie ihre Vorredner die Behandlung in der Bau- und Planungskommission. Die Fraktion hat zudem die folgenden Anträge gestellt, welche der Präsidentin bereits schriftlich vorliegen. «Der Einwohnerrat überweist den Teilzonenplan zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission. Sie soll insbesondere folgende Aspekte des Planungsberichts vertieft prüfen: Berücksichtigung der Mitwirkungeingaben, Veränderung der Luftströme, mögliche erleichterte Parkplatzpflicht, Vorgaben für Photovoltaik, Einfluss auf die Wildtierwanderrouen und Erschliessung durch das Wärmenetz sowie Vorgaben für den Anschluss.».

Konrad Widmer, SVP bedankt sich für die ausführlichen Unterlagen zu diesem Geschäft. Das Anliegen des Gemeinderats scheint der Fraktion klar zu sein, der Antrag auch. Im Prinzip würde die SVP dem Antrag zustimmen. Der Redner hat aber ein gewisses Verständnis, dass man das Geschäft in die BPK überweisen will. Er selbst ist Mitglied der BPK. Ob man dort tatsächlich derart in die Details gehen möchte, so operativ, weiss er nicht. Aber wenn die Mehrheit dies will, dann macht man es halt. Für den Votanten ist noch eine andere Frage offen. Viele Parzellenbesitzer sind in dieser Zonenplanänderung Gewinner und haben mehr Möglichkeiten mit ihrem Grundstück, einige haben aber auch weniger. Es würde ihn interessieren, ob der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt bereits etwas dazu sagen kann. Gibt es Gespräche mit denen, die weniger Möglichkeiten haben werden? Kommt auf die Gemeinde vielleicht auch jemand mit dem Wunsch auf Entschädigung zu? Kann man dies schon in Franken beziffern? Das würde ihn interessieren. Vielleicht kann der Gemeinderat heute bereits eine Antwort darauf geben.

Jonathan Noack, SP schliesst sich dem Dank für die Unterlagen zu diesem wichtigen Geschäft an. Auch die SP nimmt den Nachtrag zur Kenntnis und stimmt dem Antrag zu, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen. Es scheint der Fraktion wichtig, dass dort die Grundlagen erarbeitet werden können, um über dieses Geschäft entscheiden zu können.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP dankt für die Würdigung dieses wichtigen Geschäfts. Wie bereits erwähnt wurde, ist die Gemeinde schon sehr lange unterwegs im Zentrum. Es ist ein wichtiges Geschäft. Es sind über 600 Eigentümer/innen von dieser Entwicklung betroffen und der Gemeinderat begrüsst eine vertiefte Diskussion in der Bau- und Planungskommission. Bezüglich der Entwicklung ist es so, dass die meisten profitieren. Es gibt einen Grundeigentümer, der nicht direkt profitiert. Mit diesem steht der Gemeinderat in Kontakt. Dort geht es um einen Abtausch, aber nicht um eine Entschädigung. Es geht

darum, dass man mit dem Mehrwert, den man generiert, eine Abtauschsituation generieren kann, weil die Gemeinde Binningen auch Grundeigentümern ist und dort in Verhandlungen eintreten kann. Der Gemeinderat begrüsst es, dass das Geschäft in der BPK noch detailliert beraten werden kann, um dann möglichst bald zur Genehmigung dieses wichtigen Geschäfts zu kommen, um die Entwicklung in Binningen vorwärts zu bringen.

ABSTIMMUNG

Überweisung in BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Damit kommt die Präsidentin zu den Anträgen der Grünen/EVP zur Prüfung durch die BPK. Es sind sechs Anträge, die sie vorlesen und über die der Rat einzeln abstimmen wird. Die Grünen/EVP stellen folgenden Antrag: «Die Bau- und Planungskommission soll insbesondere folgende Aspekte des Planungsberichts vertieft prüfen: Berücksichtigung der Mitwirkungseingaben, Veränderung der Luftströme, mögliche erleichterte Parkplatzpflicht, Vorgaben für Photovoltaik, Einfluss auf die Wildtierwanderrouen und Erschliessung durch das Wärmenetz sowie Vorgaben für den Anschluss.».

Antrag 1: Berücksichtigung der Mitwirkungseingaben: 29 JA / 8 Enthaltungen (Abstimmung 03)

Antrag 2: Veränderung der Luftströme: 9 JA / 19 NEIN / 10 Enthaltungen (Abstimmung 04)

Antrag 3: mögliche erleichterte Parkplatzpflicht: 30 JA / 6 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 05)

Antrag 4: Vorgaben für Photovoltaik: 24 JA / 12 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 06)

Antrag 5: Einfluss auf Wildtierwanderrouen: 9 JA / 23 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 07)

Antrag 6: Erschliessung durch das Wärmenetz sowie Vorgaben für den Anschluss: 25 JA / 1 NEIN / 12 Enthaltungen (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Das Geschäft wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

://: 2. Die Bau- und Planungskommission wird beauftragt, insbesondere folgende Aspekte des Planungsberichts vertieft zu prüfen:

- a. Berücksichtigung der Mitwirkungseingaben,
 - b. mögliche erleichterte Parkplatzpflicht,
 - c. Vorgaben für Photovoltaik,
 - d. Erschliessung durch das Wärmenetz sowie Vorgaben für den Anschluss.
-

Traktandum 4

Nr. 25

Quartierplan Spiesshöfli und Volksinitiative Birsigpark

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Jonathan Noack, SP erläutert, die Zukunft des Areals Spiesshöfli sei ein riesiges Thema für Binningen und werde die Gemeinde für die nächsten Jahre prägen. Die Fraktion begrüsst die Diskussionen und dass man darum ringt, dort die beste Lösung zu finden und für diesen demokratischen Entscheid, den man dem Volk vorlegen möchte, miteinander diskutiert. Ihrer Meinung nach braucht es eine fundierte

Basis, über die man entscheiden und bei der man vor allem auch weiss, was die Folgen des Entscheids sind, den man trifft. Eine solch wichtige Initiative am Montagabend in einem Hauruck-Entscheid durchzuwinken oder darüber abzustimmen, findet die SP unverantwortlich. Daher stellt sie den Antrag: a.) den Quartierplan Spiesshöfli an die Bau- und Planungskommission zu überweisen und b.) die Volksinitiative Birisigpark ebenfalls an die Bau- und Planungskommission zu überweisen. Der Quartierplan sieht ein grosses Bauprojekt vor, welches der Quartierplanpflicht untersteht. Die Fraktion findet es wichtig, dass dabei die Expertise der BPK einfließen kann und die Anliegen der Gemeinde, aber auch die Anliegen der Grundeigentümer abgeglichen werden können.

Das Gleiche gilt für die Initiative. Die Folgen der Initiative sind vermutlich riesig. Landschaftlich gibt es dort unten danach eine Grünfläche – das sieht anders aus als heute – oder man hat Gebäude und Wohnraum, wenn man die Initiative ablehnt. Finanziell hat es grosse Folgen. Die Gemeinde wird die Grundeigentümer entschädigen müssen, falls der Initiative zugestimmt wird. Das wird Millionen Franken kosten. Auch dies ist etwas, bei dem es die SP wichtig findet, dass man eine gute Basis hat, um darüber entscheiden zu können. Und finanziell ist es auch entscheidend, weil die Gemeinde den Park und den Unterhalt dieses Parks finanzieren muss. Die Fraktion findet es daher wichtig, dass das Geschäft an die BPK überwiesen wird und die BPK dem Rat eine saubere Basis vorlegen kann, über die das Parlament dann entscheiden kann.

Roman Oberli, SVP bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieses Geschäfts. Antrag 1 stimmt die Fraktion zu. Die Initiative gilt es für gültig zu erklären. Ebenso sind sie für die Abschreibung der beiden Vorstösse zu diesem Geschäft. Antrag 6, die Überweisung in die BPK, lehnt die SVP ab. Einerseits, da zuerst eine substantielle Vorlage ausgearbeitet werden soll und andererseits stellt sich ihnen die Frage, inwiefern es die Aufgabe der BPK ist, ein Geschäft vorzubereiten. Inhaltlich ist die Fraktion für die Initiative. Warum? Aus Sicht der SVP muss Binningen nicht das Auffangbecken für das nationale Bevölkerungswachstum sein. Für das Schulhausprojekt wurde erst kürzlich ein höherer zweistelliger Millionenbetrag genehmigt, um den Schulraumbedarf der Zukunft zu decken. Dies ist aber nicht die einzige Baustelle. Der Redner darf an die Diskussion um die Sportvereine in Binningen erinnern und dass sie in Binningen zu wenig Plätze haben für die Anzahl Kinder und Mitglieder. Um es deutlich zu sagen: Binningen ist infrastrukturtechnisch schon sehr ausgelastet. Jetzt, wo man diese Probleme teilweise lösen konnte, muss man nach Ansicht der SVP nicht gleich wieder Neue schaffen oder die Bestehenden gar noch verschärfen.

Bevor man sich in Binningen den Expansionsplänen von Bund und Kanton fügt, sollte man sich zuerst um die ansässigen Einwohner kümmern. Die Vorlage und die Initiative sind eine grosse Chance, um auch der Bevölkerung in der Talsohle ein Naherholungsgebiet zu ermöglichen und eine Grünzone zu schaffen statt eines weiteren Betonklotzes. Auch wenn die SVP grundsätzlich Enteignungen kritisch gegenübersteht, überwiegen in diesem Fall die Vorteile doch deutlich. Der Votant ist in seiner dritten Legislatur im Rat und das ist eines der Geschäfte mit dem grössten Mehrwert für Binningen. Dass das Anliegen auch breit von der Bevölkerung getragen wird, zeigt die kurze Zeit, die es gebraucht hat, um die notwendigen Unterschriften zu sammeln. Daher sein Appell an die Ratskolleginnen und Ratskollegen: Lassen wir uns diese Chance nicht entgehen und stimmen dieser Initiative zu. Für die noch allfällig Unentschlossenen aus der SP und Mitte betont er, mit dem Birisigpark werde auch die Bodeninitiative umgesetzt. Besser geht es ja fast nicht, oder? Die SVP-Fraktion spricht sich für die Annahme der Initiative aus.

Rahel Amacker, Mitte/GLP äussert, die Mitte/GLP danke dem Gemeinderat für die ausführliche Darstellung des aktuellen Stands der Quartierplanung Spiesshöfli und unterstütze die Anträge des Gemeinderats. Die Fraktion begrüsst eine Überweisung des Geschäfts zur Vorberatung in die BPK. Diese Vorberatung ermöglicht es, eventuell offene Punkte und Anliegen der verschiedenen Fraktionen frühzeitig mit einzubeziehen und so eine umfassende Planung sicherzustellen, wie es auch schon bei anderen, vergleichbaren Geschäften oftmals im Rat gewünscht wurde. Zur Volksinitiative Birisigpark hat die Fraktion eine klare Haltung und wäre bereit, ohne Vorberatung in der BPK einen Entscheid zu treffen. Allerdings

haben sie kein Problem damit, wenn andere Fraktionen diesen Punkt noch in der BPK diskutieren möchten. Das Wohnbauprojekt Spiesshöfli stellt für Binningen eine wertvolle Chance dar, die aus Sicht der Mitte/GLP unbedingt genutzt werden sollte. Die Entwicklung schafft an zentraler Lage dringend benötigten und modernen Wohnraum und wertet den Bereich um den Birsig nachhaltig auf. Um eine erfolgreiche Umsetzung zu ermöglichen, erachtet es die Fraktion als wichtig, den Dialog zu fördern und möglichst alle Perspektiven und Interessen miteinzubeziehen. Gerade darum kann es sinnvoll sein, dieses Geschäft frühzeitig in der BPK zu besprechen, um Anliegen und offene Fragen umfassend zu berücksichtigen. Zum Schluss möchte die Rednerin noch eine kurze Anmerkung zu ihrem Vorredner machen. Es scheint ihr sehr wichtig, dass den Anwesenden bewusst ist, dass man so nahe an der Stadt in einer Agglomeration Wohnen, Klimaschutz und Grün unbedingt gemeinsam bedenken sollte und nicht getrennt. Es gibt ganz viele Projekte, bei denen man die erwähnten Punkte für viel, viel weniger Geld ebenfalls umsetzen kann. Sie freut sich sehr darauf, wenn die rechte Ratsseite dem bei den künftigen Geschäften ebenfalls zustimmen wird.

Christoph Daniel Maier, FDP dankt dem Gemeinderat für die Vorlage des Geschäfts. Er ist etwas erstaunt, dass in einem Geschäft bereits der Überweisungsantrag an die BPK enthalten ist. Normalerweise erhält der Rat Geschäfte, bei denen etwas vom Gemeinderat ausgearbeitet wurde, das dann allenfalls der Einwohnerrat zur weiteren Beratung in eigener Kompetenz und in eigenem Gutdünken zur Vorberatung in eine Kommission gibt. Vorliegend handelt es sich um eine andere Situation. Vorliegend gibt es eine Initiative, die eingereicht wurde, die gültig ist und die vom Einwohnerrat in erster Linie einmal in einer digitalen Entscheidung angenommen oder abgelehnt werden muss. Hier gibt es grundsätzlich keinen Bedarf für eine Vorberatung dieses noch nicht einmal entschiedenen Geschäfts in der BPK. Sollte die Initiative hier im Saal keine Mehrheit finden, was der Redner nicht hofft, dann würde sie dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Es ist aber auch so, dass wenn die Initiative im Rat angenommen werden würde, damit zu rechnen ist, dass von der einen oder anderen Seite ein Referendum ergriffen werden würde. Es wäre aber nicht das letzte Mal, dass das Volk zu diesem Thema Stellung nehmen könnte. Auch der Quartierplan, in welchen die Initiative einfließen muss, kommt noch einmal vor den Einwohnerrat und auch dieser kann mit einem Referendum vors Volk gebracht werden.

Und schlussendlich: Sollte sich die Situation ergeben, dass der Quartierplan tatsächlich nur noch einen Park zulassen würde, dann würde ein Entschädigungsanspruch entstehen und dieser müsste selbstverständlich gewährleistet werden. Sollte er über einen bestimmten Betrag hinausgehen, dann würde auch dieser Entschädigungsanspruch vors Volk kommen. Für den Erwerb von Liegenschaften über 5 Mio. Franken gilt das obligatorische Referendum. Es wurde bereits erwähnt: Bei der ganzen Birsigpark-Geschichte befindet man sich erst am Anfang. Der Votant hat wenig Verständnis dafür, dass man diesen Anfang bereits torpedieren möchte, indem man ihn zu einem BPK-Geschäft macht. Der Quartierplan Spiesshöfli, von dem der Rat im heutigen Stand Kenntnis nehmen soll, ist auch nicht dazu geeignet, um ihn in die BPK zu überweisen. Denn dort ist ja bereits klar, dass es nur ein gegenwärtiger Stand einer Quartierplanung ist. Auch das ist nicht geeignet, um in der BPK behandelt zu werden. Aus all diesen Gründen bittet der Redner, an den bisherigen Anträgen festzuhalten und hofft darauf, dass der Einwohnerrat diese Volksinitiative nicht nur für gültig erklärt, sondern ihr auch zustimmt.

Urs Hauri, Grüne/EVP signalisiert, sein Vorredner Christoph Daniel Maier habe eigentlich schon ausgeführt, wie auch die Grünen/EVP abstimmen werden, wenn es darum geht, die Birsigpark-Initiative jetzt zu überweisen oder nicht. Als Argument gegen den Birsigpark wird häufig die Wohnungsnot aufgeführt. Selbstverständlich sieht seine Fraktion dies ebenfalls, insbesondere auch das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum. Aber sie glauben nicht, dass die Wohnungen, die dort gebaut werden mit Sicht auf den renaturierten Birsig, extrem billige Wohnungen werden. Nur 10 Prozent in Kostenmiete ist kein sehr attraktives Argument für die Grünen/EVP. Entscheidend ist für sie eher, dass Binningen in diesem verkehrs- und lärmgeplagten, dichtbesiedelten und betonierten Tal Freiraum braucht für Bewegung, Erholung, für Grünflächen, ein echter Luftkorridor, Entsiegelung für die spürbare und sich verstärkende Klimaerwärmung und zur Verminderung von Wärmeinseln. Denn für unsere Gesundheit ist dies wichtig.

Hitze ist ein Risikofaktor vor allem für ältere Personen. Das brachliegende Areal an dieser Lage ist eine Chance, die es nach Erachten der Grünen/EVP in nächster Zukunft nicht mehr geben wird. Diese Chance muss man ergreifen. Daher stimmt die Fraktion für die Initiative.

In Binningen gab es lange viele Grünzonen. Nun ist das Siedlungsgebiet eigentlich zugebaut. Aber es wird immer wieder gebaut. Auf dem Grüniger-Areal wurde gebaut. Auf dem Stamm-Areal, auf dem Primus-Areal, auf dem Xaver-Areal usw. wird weiter gebaut. Es ist so attraktiv. Im Zentrum wird verdichtet / aufgezonet. Dort kann man weiterhin bauen. Die Fraktion hat keinerlei Bedenken, dass nicht auch in Zukunft in Binningen weitere Wohnungen entstehen werden. Hoffentlich auch einige bezahlbare. Natürlich bietet sich das Areal für eine Überbauung an. Das ist klar. Es bietet sich aber auch für eine Grünzone an, weil man auch dort nicht zuerst einen langen Weg haben sollte. Man sollte eigentlich zu Fuss dorthin gelangen oder mit dem Velo und sie sollte an einem Ort sein, wo es auch wirklich ein Bedürfnis nach Grünzonen gibt. Wenn man bauen möchte und an einer guten Lage wie dieser bauen kann: Wieso nicht im Schützenmattpark oder im Margarethenpark bauen? Von dort sind es fünf Minuten zu Fuss zum Bahnhof. Eigentlich wunderbar. Es wäre ein super Ort, um attraktiven Wohnraum zu schaffen. Der Votant hofft, es komme niemand auf die Idee, dies zu machen. Einmal verbauter Raum erhält man nicht mehr zurück. Diese Chance, die man hier hat, dass man bereits ein Brachland hat, sollte man nutzen und für die zukünftigen Generationen ein Stück Grünzone in Binningen behalten.

Der Votant möchte noch etwas anfügen. Der Schlosspark in Binningen gäbe es auch nicht, wenn man den Gemeinderat hätte machen lassen. Der Schlosspark ist auf Initiative eines parteiübergreifenden Komitees entstanden. Er gehört heute zu Binningen und niemand möchte ihn sich wegdenken. Er erlaubt stimmungsvolle Weihnachtsmärkte, Konzerte, die die Leute begeistern und der praktisch angrenzende Birsigpark wäre vielleicht einmal zusammengeführt die perfekte Ergänzung. Das eine eher für das Repräsentative, das andere eher für kühlere Sommer, für Kinder, Jugendliche und Alte, die spielen und auch einmal ihre Füsse im Birsig kühlen können, wenn dies gut gemacht wird. Das brachliegende Spiesshöfli-Areal bietet die einmalige, kaum wiederkehrende Chance für uns und unsere Nachfahren etwas Grün ins Zentrum zurück zu bringen. Der Votant appelliert an die Anwesenden, diese Chance für die Gesundheit und die Erholung zu nutzen. Er ist überzeugt, in weiteren dreissig Jahren ist der Birsigpark nicht mehr wegzudenken und dankt für die Unterstützung.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die Voten. Es geht um viel heute Abend. Es geht darum, die räumliche Entwicklung von Binningen weiter zu bestimmen. Der Entscheid, wie man mit diesem Thema umgeht, liegt beim Einwohnerrat aber auch beim Volk. Er bittet die Anwesenden um Weitblick. Dass man die verschiedenen Interessen abwägt und keine Kurzschlusshandlung macht. Denn es geht um wichtige Entscheide heute Abend. In diesem Sinn bittet er um Weitsicht.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte zur Abstimmung über die Überweisung in die BPK kommen, bevor man mit einer allfälligen Direktberatung beginnt. Gibt es noch Wortmeldungen zur Überweisung in die BPK?

Jonathan Noack, SP hat noch eine Replik auf seine Vorredner. Es ist nun etwas der Eindruck entstanden, dass wenn das Geschäft in die BPK überwiesen würde, der Einwohnerrat aber auch das Volk nicht mehr über das Anliegen abstimmen können. Dem ist nicht so. Auch wenn das Geschäft an die BPK überwiesen wird, kann der Rat selbstverständlich zu einem späteren Zeitpunkt über die Initiative abstimmen und das Volk selbstverständlich ebenfalls. Die SP findet es bei einem derart weitreichenden Geschäft wichtig, dass man eine Gesamtschau hat und schauen kann: Was würde der Quartierplan heissen? Was würde die Initiative heissen? Was macht für Binningen am meisten Sinn? Daher möchte die Fraktion das Geschäft an die BPK überweisen, damit man die Argumente gegeneinander abwägen kann und eine saubere Basis hat, um über die Initiative zu entscheiden. Beim vorherigen Geschäft kam von Seiten der SVP die Frage, was es heissen würde, wenn man beim Zolli einige Quadratmeter enteignen und den Grundeigentümern dort etwas bezahlen würde. Beim Spiesshöfli spricht man von viel, viel, viel mehr Fläche.

Seine Fraktion interessiert die Frage auch. Was würde das wirklich kosten? Darüber lässt man das Volk abstimmen. Der SP ist es wichtig, dass man die Expertise der BPK nutzen, es besser abstimmen kann und eine bessere Basis hat. Darum möchten sie das Geschäft an die BPK überweisen.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP würde auch gerne zu dieser quasi demokratiepolitischen Frage Stellung nehmen. Wenn es Regeln gibt, dann wurden diese gemacht, damit man Initiativen nicht beliebig lange behandeln kann. Es gibt Fristen für Initiative. Man befindet sich hier bereits in der «Over Time» der Initiative Birsigpark. Das Komitee hat zugestimmt, dass man die Beratung zeitlich verlängern kann, aber eine Initiative muss so schnell wie möglich vors Volk. Das ist Punkt eins. Christoph Maier hat es dargelegt, das Volk wird so oder so noch mehrfach etwas dazu sagen können. Das wäre Punkt zwei. Punkt drei: Die Ungewissheit, was etwas in der Zukunft bringt, ist bei vielen Vorlagen gegeben. Es gibt demnächst eine eidgenössische Abstimmung über die Krankenversicherung / Finanzierungen, bei der die Folgen höchst ungewiss sind. Trotzdem wird darüber abgestimmt, dass man hier vielleicht eine Änderung vornimmt. Das ist also ein schlechtes Argument. Man kann bei einer Initiative, die unformuliert ist und zuerst ausgearbeitet werden muss, nicht bereits vor dem Vorliegen der ausgearbeiteten Variante sagen, es sei vielleicht viel zu teuer, da könne man noch nicht darüber abstimmen. Es gibt danach immer noch genügend Möglichkeiten, den Prozess wieder abubrechen.

ABSTIMMUNG

Antrag SP: Überweisung des Geschäfts in die BPK: 13 JA / 23 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat lehnt eine Überweisung des Geschäfts «Quartierplan Spiesshöfli und Volksinitiative Birsigpark» in die Bau- und Planungskommission ab.

GESCHÄFTSBERATUNG

Lewin Lempert, SP findet es sehr schade, dass sich der Rat dagegen entschieden hat, dieses Geschäft in die BPK zu überweisen. Aber dem ist so. Das muss man akzeptieren und nun beginnt die Detailberatung. Was ist die Ausgangslage der Detailberatung bei diesem Geschäft? Binningen hat per letztem Stichtag eine Lehrwohnungsziffer von 0,9 Prozent. Eine Lehrwohnungsziffer von unter einem Prozent bedeutet offiziell, gemäss Angaben des Bundes, Wohnungsnot. Das ist die Ausgangslage. Wir haben auf der einen Seite ein Wohnbauprojekt mit Grundeigentümern, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen. Sie haben ein solides Projekt erarbeitet, das Wohnungen, auch für Familien, für den Mittelstand bietet und zusätzlich sind sie bereit, 10 Prozent Kostenmiete bei diesen Wohnungen zu geben für sozial Schwächere. Aber auch die anderen 90 Prozent sind keine Luxuswohnungen. Es sind Mittelstandswohnungen. Das Projekt hat die Gemeinde seit Jahren zusammen mit den Grundeigentümern vorangetrieben. Es flossen etliche Stunden Arbeit hinein und das, was dabei rausgekommen ist, lässt sich sehen. Wer das Quartierplanreglement liest, der oder die merkt, hier wurde sehr viel überlegt. Es wurde überlegt, wie diese Revitalisierung des Birsigs aussieht. Es wurde überlegt, was z.B. mit dem Spielplatz geschehen soll, der öffentlich zugänglich sein wird. Es wurde überlegt, wie es mit den erneuerbaren Energien bei diesem Projekt aussieht. Schlussendlich ist es ein sehr gutes Projekt. Es ist eines der besten Wohnbauprojekte in den letzten Jahren in dieser Gemeinde.

Ja, Wohnraum für Familien und Mittelstand ist wichtig. Vor allem in einer Gemeinde, in der es extrem viele Einfamilienhäuser gibt. Die Balance zu behalten zwischen Leuten, die es sich leisten können für zwei, drei Millionen Franken ein Haus in Binningen zu kaufen und Leuten, die sich dies nicht leisten können, ist für eine Gemeinde sehr, sehr wichtig. Das heisst nicht, dass dies Wohnungen für Ärmere sind.

Das braucht es auch. Aber das ist etwas Anderes. Das müsste ein genossenschaftlicher Wohnbauträger sein und nicht die jetzigen Grundeigentümer, die aber doch die soziale Verantwortung wahrnehmen möchten. Das ist die eine Seite. Was hat man auf der anderen Seite? Es gibt eine Initiative, die 20 Mio. Franken kostet für einen Park, eingequetscht zwischen Hauptstrasse, Tram und Birsig. Dort, in dieser Talsohle einen guten Grünraum zu schaffen, ist mehr als fraglich. Wieso gibt es die Initiative? Alle haben es vorhin im Votum der SVP gehört: Aus einem Anti-Wachstums-Reflex. Weil man nicht möchte, dass Leute aus dem Mittelstand hier leben können. Das lehnt seine Fraktion ab und deshalb wird die SP die Initiative ablehnen.

Christoph Daniel Maier, FDP wollte eigentlich nicht mehr in der Substanz zu diesem Thema das Wort ergreifen. Aber nach dieser feurigen Rede von Lewin Lempert scheint ihm eine kleine Replik angebracht. Es ist so, dies hat Roman Oberli bereits erwähnt, dass man in Binningen Strukturen hat, die auf eine bestimmte Bevölkerung ausgerichtet sind. Die Bevölkerung unterliegt einer bestimmten Entwicklung. Woher kommt diese Entwicklung? Die Entwicklung kommt von einer Entscheidung, den der Einwohnerrat vor mittlerweile über 10 Jahren gefällt hat, als man die Nutzungsziffer resp. die Bebauungsziffer, die man in Binningen ausnutzen darf, markant erhöht hat. Dies hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren auf den Grundstücken, die eine höhere Nutzungsziffer haben, Neubauprojekte / Ersatz von alten Gebäuden stattgefunden hat. Diese Entwicklung ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Das führt dazu, dass eine Verdichtung stattfindet. Es war auch das Ziel, eine Verdichtung in diesem bereits bestehenden Wohngebiet hinzubekommen. Aber es ist auch so, dass diese Verdichtung dazu führt, dass man ein Bevölkerungswachstum hat. Dieses Bevölkerungswachstum hat einen gewissen Druck auf die Infrastruktur ausgelöst. Wir haben auf den Druck auf die Infrastruktur reagiert. Es gibt zwei Schulhäuser, die sich im Moment noch im Projektstadium befinden, bei denen aber bald der Baubeginn ansteht. Es ist aber nicht nur dort. Es betrifft auch die Sportplätze. Man ist an sich überall im Rückstand, um überhaupt der existierenden Entwicklung Rechnung tragen zu können.

Was in dieser Entwicklungsprognose nicht enthalten ist, sind die zusätzlichen Wohnungen, die u.a. auch auf dem Spiesshöfli-Areal mit diesem Quartierplan projektiert worden sind. Was auch nicht berücksichtigt wurde, ist das, was jetzt in der BPK zur Beratung ansteht und das ist die Zentrumsplanung. Diese ist noch nicht in der Entwicklungsprognose enthalten. Das heisst, die Gemeinde hat bereits einen recht starken Druck auf ihre Infrastruktur. Nach Ansicht des Votanten macht es keinen Sinn, dass man zu den neuen Infrastrukturprojekten nochmals Container dazu baut. Das wäre seines Erachtens falsch und nicht langfristig gedacht. Binningen ist nicht fertig gebaut. Binningen wird im Moment gebaut. Er findet, man müsse schauen, dass man dieser Entwicklung Herr bleiben kann. Es ist nicht so, dass es in Binningen keine Wohnungen gibt. Wenn man auf aktuellen Suchplattformen schaut, wie viele Wohnungen in Binningen zur Verfügung stehen, dann sieht man, dass es jederzeit 50 Wohnungsangebote in Binningen zur Miete gibt. Der Redner weiss nicht, woher die von Lewin Lempert zitierte Statistik kommt.

Christian Schmid, SVP führt aus, nach jahrelanger Analyse und Vorschlägen wurden die Blöcke nun durch Türme ersetzt. Trotz des flammenden Votums seines SP-Vorredners hat er bisher noch keine einzige positive Rückmeldung aus der Bevölkerung zum Projektvorschlag des Gemeinderats erhalten. Die Gemeinde ist heute schon eine übermässig verbaute Steinwüste und insbesondere im Bereich des Spiesshöfli ist Grünfläche ein rarere Artikel. Auf den Redner kamen mehrere Anwohner, die in der Nähe des Spiesshöfli wohnen, zu und haben gesagt, sie haben genug von jahrelangem Baulärm, Staub, Dreck und Lastwagenkolonnen. Der Park kann mit Überschüssen aus den letzten Jahren finanziert werden. Er findet es auch schon fast amüsant, dass nun plötzlich beim Kauf eines Grundstücks, das man dann übrigens jederzeit wieder verkaufen kann, langfristig sehr wahrscheinlich sogar mit einem Gewinn, das Argument der Finanzen kommt. Bei den Schulhausprojekten für rund 75 Mio. Franken wollte in diesem Rat ausser seiner Fraktion niemand etwas von Sparen oder von Kostendächern hören. Der Park wird langfristig die günstigere und schönere Variante sein als die Türme. Daher: Ja zum Park.

Nina Eldridge, Mitte/GLP würde sich an dieser Stelle gerne Lewin Lempert anschliessen. Sie findet es sehr interessant, dass von Seiten der SVP plötzlich 20 Mio. Franken vorhanden sind für ein Stück Wiese, die sonst nie für den Klimaschutz herumliegen. Sie möchte sich Rahel Amacker anschliessen. Mit diesem Geld könnten viel mehr und viel effizientere Klimaschutzmassnahmen vorgenommen werden. Die Rednerin findet auch, es wäre schön, an dieser Stelle etwas mehr Grünfläche zu haben, aber für 20 Mio. Franken wahrscheinlich etwas teuer und ob es dann wirklich eine Naherholungszone wird, ist die andere Frage. Wenn sie dann dort in diesem fünf Quadratmeter-Pärkli sitzt, das Tram daneben hört oder die Autos, die daran vorbeifahren, dann ist es nicht das Gleiche, wie wenn sie rasch fünf Minuten aufs Bruderholz läuft oder 10 Minuten in den Allschwiler Wald und wirklich eine Naherholungszone hat. Dann noch zur FDP. Druck auf die Infrastruktur: Ja, das ist so. Sie ist auch nicht happy, dass es in der Schweiz allgemein so explodiert, aber das ist ein anderes Thema. Sie möchte an dieser Stelle einfach in Erinnerung rufen, dass es davor 78 Wohnungen auf diesem Areal gab. Diese Leute haben auch hier gewohnt und die Infrastruktur genutzt. Wenn diese Wohnungen nun durch ca. 90 Wohnungen ersetzt werden, dann wird der Druck nicht wahnsinnig erhöht.

Rahel Amacker, Mitte/GLP: Druck auf Infrastruktur. Ja, das haben wir. Aber beim Grund ist sie sich nicht ganz sicher, ob da gleicher Meinung sind. Wenn man in den Bericht schaut, sieht man, dass die Bevölkerungszahlen stagnieren. Liegt der Druck auf unserer Infrastruktur nicht vielleicht zum Teil auch an der Politik, die wir hier im Rat machen? Dass wir lange warten, bis wir die Investitionen tätigen. Zu lange. Blockadenpolitik etc. Die Votantin glaubt, die Gründe liegen eher dort. Vielleicht auch noch kurz eine Replik. Sie möchte daran erinnern, dass die Ratshälfte, die jetzt kein Problem damit hat, heute Abend einen zweistelligen Millionenbetrag zu sprechen ohne vors Volk zu gehen, wenn kein Referendum ergriffen wird, es als Luxus bezeichnet hat, als man für 10 000 Franken Veloständer überdachen wollte. Dies ebenfalls für eine wertvolle, schöne Gemeinde, wo das wichtig ist. Sie möchte nochmals daran erinnern. Wohnen, Klimaschutz, etwas Schönes für die Gemeinde – das muss man verbinden. Wenn die Rednerin heute gewisse Voten hört, wie man Binningen bezeichnet, dann muss sie sich überlegen, ob diese Personen überhaupt nicht happy sind in der Gemeinde. Sie hofft, dass von ihnen Vorschläge kommen, um dies sonst zu verbessern. Denn die Wüste, die sie sehen, sieht die Votantin in ihrem Binningen nicht.

Gaida Löhr, SP erläutert, die SP setze sich grundsätzlich für zusätzlichen, bezahlbaren Wohnraum ein und für Grünflächen. Das heisst, dass diese Abstimmung die Fraktion in ein Dilemma bringt. Es gibt dort momentan eine kleine Grünfläche, aber es gibt auch Bedarf nach Wohnungen. Das findet sie, sei unbestritten. Die Rednerin kann nicht sehr viel mit den Argumenten der rechten Ratsseite anfangen bzgl. der Infrastruktur. Wenn wir sie brauchen, dann müssen wir sie liefern. Das ist für sie relativ klar. Hingegen ist sie der Meinung, dass in Binningen in letzter Zeit sehr viel gebaut wurde und dass in der Talsohle tatsächlich ein dringendes Bedürfnis nach einer Grünfläche besteht. Sie fragt sich, ob die Kollegen und Kolleginnen, die gesagt haben, es sei ein lächerlicher Park, der hier entstehe, in letzter Zeit einmal dort vorbeigelaufen sind. Sie macht dies relativ regelmässig und sie muss sagen, so schön wie jetzt war es noch nie auf diesem Birsiguferweg und es ist überhaupt nicht schön. Es ist eine Baustelle. Aber zum ersten Mal sieht man nicht einfach an eine Häuserfront, sondern man geht dort entlang und sieht an den Bruderholzhang. Es ist grün und es tut gut. Sie ist der Meinung, im Sommer gebe es keinen Ort, wo eine Grünfläche wichtiger ist als neben dem Bächli. Das Wasser liefert eine gewisse Abkühlung, das Gras liefert eine, die Bäume liefern eine und die Häuser liefern keine. Aus diesem Grund stimmt sie, obwohl ihr die Argumente ihrer Fraktion durchaus einleuchten, für den Park.

Roman Oberli, SVP möchte auf das Votum von Rahel Amacker replizieren. Im Gegensatz zu ihr wohnt der Redner nicht auf dem Hügel, sondern in der betroffenen Talsohle und sein Vorschlag ist eben auch der Birsigpark. Zu den Kosten, zu den 20 Mio. Franken: Das nun ausgerechnet die IG Stiftungsbau mit dem Kostenargument kommt, findet er interessant. In vergangenen Projekten waren ausufernde Kosten in einem Projekt nie ein Problem, aber jetzt, wo es die gute und einmalige Chance gibt, der bestehen-

den Bevölkerung, dem bestehenden Mittelstand – ein grosser Teil der Binniger/innen wohnt in der Talsohle und kann hier profitieren – etwas zu geben. Dann müssen sie nicht 5 oder 10 Minuten auf den Hügel laufen, sondern können auch hier entspannen. Es bietet sich die Gelegenheit, Boden zu kaufen. Wenn man historisch schaut, wie sich der Bodenpreis entwickelt, wird es in Zukunft sicher nicht billiger.

Olivier Kremo, SVP wollte darauf hinweisen, dass Binningen in der gesamten Schweiz eine der dichtbesiedeltesten Gemeinden ist. Die Gemeinde ist dichter besiedelt als Städte wie Bern und Biel, etwa ähnlich wie Lausanne. Irgendwo muss es seiner Meinung nach aufhören. Wie Roman Oberli gesagt hat, auch die Bevölkerung im Tal hat Anspruch auf Grünflächen. Es ist ein Unterschied, ob man noch aufs Bruderholz oder wo auch immer hochlaufen muss, wenn man dies überhaupt kann, oder ob man die Grünfläche vor Ort hat. Zudem wollte er nochmals betonen, dass man die Infrastrukturkosten von solchen neuen Wohnungen auch als Gegenargument zu den Kosten des Landkaufs zeigen muss. Man hat es beim neuen Schulhaus gesehen. Die Infrastrukturkosten werden oft vernachlässigt, wenn man ein Bevölkerungswachstum hat.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP äussert, Lewin Lempert habe wieder ein tolles Referat gehalten. Er hat rasch auf den 25. September 2023 geblättert. Dort hat er ein ebenso feuriges Referat gehalten und gefordert, dass es mind. 30 Prozent Kostenmiete sein müssen und heute findet er 10 Prozent bereits tipp-top. Es ist schön, dass hier doch Änderungen stattfinden. Der Votant möchte im Unterschied zu seiner Vorrednerin festhalten, dass der Park durchaus grösser als fünf Quadratmeter ist. Das ist genauso falsch wie, dass das Volk nicht über die Initiative abstimmen kann. Es ist nicht möglich, 20 Mio. Franken auszugeben und nicht darüber abzustimmen. Es wird sogar ohne, dass irgendjemand sagt, er möchte, dass darüber abgestimmt wird, eine Abstimmung geben. Das Volk kann immer «Nein» sagen. Das ist einfach so. Das sind seines Erachtens vorgeschobene Argumente. Hingegen hat eine Initiative behandelt zu werden. Das ist der Sinn. Das ist in der Schweiz so und das kann man nicht einfach übergehen.

Lewin Lempert, SP teilt den Punkt des Naherholungsraums, des Spazierengehens an der frischen Luft am Birsig entlang usw. zu 100 Prozent. Wenn man die Unterlagen zum Projekt liest, es sind halt viele Seiten, dann sieht man, dass im Quartierplanreglement vorgeschrieben wird: «Der Birsig ist zu revitalisieren.». Man kann nachlesen, wie dies genau aussehen soll. Es gibt einen schönen merkelbestückten Fussweg, kein Teer, nichts. Es gibt eine Brücke über den Birsig. Um die Revitalisierung nicht zu gefährden, gibt es nur an einer kleinen Stelle Sitzbänke, Sitzsteine an den Birsig hinunter, wo man Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum hat zusammen mit einem super Projekt, bei dem es guten Wohnraum für die Bevölkerung gibt. Ein weiterer Punkt betrifft die Kostenmiete. Natürlich kämpft die SP an vorderster Front für bezahlbaren Wohnraum. Darum hat die Partei damals 30 Prozent gesagt. Es ging zu dieser Zeit aber auch noch um die Parzelle, auf der der Werkhof steht, die der Gemeinde gehört. In einer Gesamtbeurteilung hätte man mehr Prozente rausholen können. Auch jetzt ist es nicht in Stein gemeisselt, ob man bei den 10 Prozent Kostenmiete bleibt. In einer BPK-Beratung könnte man sagen, man geht auf 15 oder 20 Prozent hoch, wenn die Grundeigentümer dies möchten. Wenn sie es nicht möchten, dann gibt es einen Konflikt, den man lösen muss. Aber das ist alles immer noch im machbaren Rahmen. Wenn man aber sagt, man möchte die Initiative, dann sagt man «Nein» zu gutem, solidem Wohnraum für den Mittelstand und auch noch 10 Prozent Kostenmiete. Zu einem Projekt, in welchem erneuerbare Energien wichtig sind, wo der Aussenraum wichtig ist, wo es einen Spielplatz gibt, der öffentlich genutzt werden kann und es neue Fussverbindungen gibt. Er muss es sagen, es ist ein von A bis Z solides Projekt hinter dem er zu 100 Prozent stehen kann.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Gültigerklärung Initiative: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

Antrag 2: Ablehnung der Initiative: 13 JA / 24 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 11)

Antrag 3: Abschreibung Postulat Nr. 161/XIII: 26 JA / 9 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Antrag 4: Abschreibung Postulat Nr. 33: Einstimmig JA (Abstimmung 13)

BESCHLUSS

- ://: 2. Der Einwohnerrat erklärt die nichtformulierte Volksinitiative Birsigpark für gültig.
- ://: 3. Der Einwohnerrat nimmt die Volksinitiative Birsigpark an.
- ://: 4. Der Einwohnerrat schreibt das interfraktionelle Postulat: «Bezahlbare Wohnungen auf dem Spiesshöfli-Areal ermöglichen» (Vorstoss 161/XIII, überwiesen am 25.09.2023) als erledigt ab.
- ://: 5. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat: «Spiesshöfli» (Vorstoss 33/XII, überwiesen am 16.04.2018) als erledigt ab.
- ://: 6. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom aktuellen Stand der Quartierplanung.
-

Jonathan Noack, SP nimmt zur Kenntnis, dass der Einwohnerrat sich für die Initiative ausgesprochen hat. Für seine Fraktion ist es ganz wichtig, dass das Volk über das Geschäft abstimmen kann. Es wurde vorhin viel diskutiert. Es wurde viel über die Tragweite des Geschäfts diskutiert. Aus diesen Gründen stellt die SP den Antrag auf das Behördenreferendum, damit das Volk über das Thema abstimmen kann.

Roman Oberli, SVP findet es schön, dass an den Sitzungen alle aufmerksam sind und letztes Mal das «Trickli» gelernt haben. Er mag sich auch erinnern, dass man an der letzten Einwohnerratssitzung gar nicht begeistert war und sagte, es sei undemokratisch etc. Und nun will die SP ein Referendum gegen ein Volksbegehren ergreifen. Das kann man machen. Der Votant geht davon aus, dass die Bevölkerung der Mehrheit des Einwohnerrats und der Initiative folgen wird. Er ist zuversichtlich für die Abstimmung.

Gaida Löhr, SP ist grundsätzlich der Meinung, es müsse vors Volk. Aber in der Sitzung hat sie x-Mal gehört, dass das Anliegen so oder so einmal, zweimal, dreimal vors Volk kommt. Sie ist nicht genügend informiert und wäre froh um eine klare Auskunft. Ist das so, dass wenn der Kauf so und so viel kostet, es vors Volk kommt? Ist es so, dass ein Quartierplan auf jeden Fall vors Volk muss? Sie wäre froh, dies zu wissen. Das ist für sie relevant. Dreimal muss sie nicht darüber abstimmen. Hingegen, wenn man nur einmal abstimmt, dann müsste sie. Die Rednerin wäre froh um eine klare Antwort.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, es sei insofern richtig, dass es mehrere Abstimmungen in diesem Gesamtkontext geben wird. Aber die Grundsatzfrage, ob man dieser Initiative zustimmt «Ja» oder «Nein», die kommt einmal vors Volk, wenn man jetzt das Referendum ergreift. Wenn es jetzt kein Referendum gibt, dann kommt irgendwann der Quartierplan, der den Park umsetzen soll. Aber wenn man dazu ein «Nein» hat, ist man keinen Schritt weiter. Wenn man über die Grundsatzfrage, ob man einen Park will «Ja» oder «Nein», abstimmen lassen möchte, dann ist jetzt der Moment dafür. Danach sind es Folgeschritte. Aber die Folgeschritte sind immer nur Konsequenzen und das ist nicht dasselbe wie die Grundsatzfrage.

Olivier Kremo, SVP äussert, die SVP habe damals mit dem Behördenreferendum gedroht, da es de facto darum ging, dass man den Werkhof zum Friedhof verlegen wollte, obwohl das Volk dies abgelehnt hat. Es ging um die Umsetzung eines demokratischen Volksentscheids. Selbstverständlich, wenn das Behördenreferendum heute zustande kommt, dann akzeptiert die Fraktion dies. Aber er wollte nochmals betonen, warum sie zu diesem ausserordentlichen Mittel gegriffen hätten.

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, selbstverständlich stehe es jeder Seite hier im Rat zu, ein Behördenreferendum zu ergreifen und das Volk zu befragen. Er hat aber vorhin als Argument, warum man jetzt noch nicht entscheiden könne und warum man diese Grundsatzfrage nicht einmal im Einwohnerrat besprechen könne, gehört, dass man zuerst genauere Informationen brauche. Wenn diese Initiative, die nicht formuliert ist, nun ihren Lauf nimmt, dann ist der nächste Schritt, dass der Gemeinderat aufgerufen wird, eine Ausarbeitung zu einer formulierten Form zu finden, bevor es wieder in den Einwohnerrat kommt und nochmals hier im Saal behandelt wird. Zu diesem Zeitpunkt ist dann wesentlich klarer, um was es eigentlich geht. Vielleicht sogar, wieviel es etwa kosten könnte in Bezug auf materielle Enteignung, die hier in den Raum gestellt wurde oder wieviel es kosten würde, wenn man sich allenfalls mit den Grundeigentümern einigen würde. All diese Fragen würde, wenn man jetzt bereits das Behördenreferendum ergreift, nicht dem Volk vorgelegt. Nein, dann würde man einfach den Grundsatzentscheid dem Volk vorlegen, wie dies Caroline Rietschi gesagt hat. Dann wird die eine Seite mit 20 Mio. Franken um sich schmeissen und die andere hat vielleicht andere Zahlen. Er fände es sachgerechter, wenn man warten würde bis die Initiative dem Einwohnerrat nochmals vorgelegt wird, nämlich dann, wenn sie vom Gemeinderat ausgearbeitet wurde. Dann kann man immer noch das Behördenreferendum ergreifen. Der Votant möchte die Antragsteller auch im Sinne einer von ihnen postulierten Transparenz und Information bitten, diesen Moment abzuwarten und es nicht zum jetzigen Zeitpunkt zu machen.

Lewin Lempert, SP führt aus, in der letzten Sitzung sei es um einen Planungskredit in der Höhe von 190 000 Franken gegangen. Die rechte Ratsseite wollte gegen den Beschluss, dass man diesen spricht, das Behördenreferendum ergreifen. Dieses Mal geht es um einen Park, 20 Mio. Franken, eine Desavouierung von drei Grundeigentümern. BLT, Albert-Lück-Stiftung und den Kanton Basel-Land. Eine massive Desavouierung dieser Grundeigentümer, die seit 10 Jahren an diesem Projekt arbeiten. Der Redner nimmt an, wenn man eine Volksinitiative macht, mit der Betonung auf «Volk», dann erwartet man auch einen Volksentscheid, nochmals Betonung auf «Volk», und nicht, dass man die Initiative dem Volk nicht vorlegt und direkt eine Umsetzungsvorlage des Gemeinderats haben möchte. Er bittet darum, sich dies auf nationaler Ebene vorzustellen. Dass man sagt: «Nein, Nein. Wir stimmen nicht über diese Volksinitiative ab. Wir wollen lieber direkt die Umsetzung und dann kann man noch schauen.». Dann würden alle von links bis rechts zu recht sagen: «Sicher nicht.». Man muss über den Grundsatz entscheiden. Die Bevölkerung hat das Recht, zu einer Volksinitiative zum Ausdruck zu bringen, ob sie sie grundsätzlich gut findet oder nicht. Daher ist der Redner ehrlich gesagt etwas erstaunt darüber, dass die bürgerliche Seite sich gegen das Behördenreferendum, das eine Abstimmung über die eigene Initiative überhaupt erst ermöglicht, wehrt. Das bedeutet für ihn, man hat Angst vor dem Volk, wenn man nicht will, dass das Volk über die eigene Volksinitiative in einer Volksabstimmung entscheidet.

Rahel Amacker, Mitte/GLP stimmt Christoph Maier zu, dass es wichtig ist, die offenen Fragen zu klären. Sie ist aber überzeugt, wenn es zu einer Abstimmung kommt, wird man, um das Volk von vornherein angemessen zu informieren, diese Fragen klären können.

Roman Oberli, SVP ist juristisch nicht so wahnsinnig beschlagen, aber wenn er im kantonalen Gesetz über politische Rechte in § 78a nachschaut, steht dort, wenn der Einwohnerrat eine nichtformulierte Vorlage beschliesst, dann arbeitet der Gemeinderat eine entsprechende Vorlage aus. Was hätte ein Referendum gegen die Zustimmung zur Initiative zur Folge? Man würde darüber abstimmen, ob man einverstanden ist, dass der Einwohnerrat der Initiative zustimmt. Es hätte nicht zwingend zur Folge, dass über die Initiative nochmals abgestimmt werden müsste. Man könnte auch einen Endlos-Loop generieren, weil das Geschäft wieder zum Einwohnerrat zurückkommen würde. Denn es müsste anschliessend wieder der Einwohnerrat darüber befinden, ob er der Initiative zustimmt oder nicht. Er könnte wieder zustimmen und man könnte wieder das Referendum ergreifen und darüber abstimmen. Am Ende des Tages wird gar nie über die Initiative befunden.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt die Präsidentin zur Abstimmung über das Behördenreferendum gegen den Entscheid des Einwohnerrats zur Annahme der Initiative Birsigpark. Damit ein Behördenreferendum zustande kommt, braucht es die Zustimmung von mindestens einem Drittel der anwesenden Räte und Rätinnen. Das wären 13 Stimmen.

Behördenreferendum: 16 JA / 22 NEIN / keine Enthaltung (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: 7. Der Einwohnerrat unterstellt Beschluss Nr. 3 der Urnenabstimmung (Behördenreferendum).

Roman Oberli, SVP möchte nochmals auf seinen vorhin angesprochenen Punkt zurückkommen. Er bittet den Gemeinderat, in der Abstimmungsbroschüre darzulegen, was das Behördenreferendum für rechtliche Konsequenzen hat im Sinn des weiteren politischen Vorgehens dieser Abstimmung. Das heisst: Was würde passieren, wenn es abgelehnt werden würde? Dann wäre man wieder in der ursprünglichen Patt-Situation.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP hat die Frage nicht ganz verstanden. Zudem ist ihr nicht klar, ob jetzt eine Antwort gewünscht wird oder ob etwas in der Broschüre dargelegt werden muss. Sie hat es akustisch nicht verstanden.

Roman Oberli, SVP antwortet, es müsse nicht zwingend in der Broschüre dargelegt werden, wenn er sonst irgendwie die Antwort erhält. Das Volk wird jetzt darüber abstimmen, ob es dafür oder dagegen ist, dass der Einwohnerrat der Initiative zustimmt. Dann hat das Volk noch nicht über die Initiative selbst befunden, sondern nur über die Ausgangslage des Rats.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP widerspricht. Der Rat hat der Initiative zugestimmt. Das Volk wird nun befragt, ob es dieser Initiative ebenfalls zustimmt oder ob es sie ablehnt. Wenn das Volk der Initiative auch zustimmt, dann wird man den Quartierplan für diesen Park ausarbeiten. Wenn die Bevölkerung die Initiative ablehnt, dann kann man den Quartierplan für das Spiesshöfli wieder bringen. Aber das Volk stimmt nicht darüber ab, was der Rat entschieden hat. Der Einwohnerrat hat der Initiative zugestimmt und das ist die Abstimmungsfrage, die die Bevölkerung im Behördenreferendum erhält.

Lukas Jegge, Mitte/GLP hat noch eine kurze Frage. Was gibt es für einen ungefähren Zeithorizont bis die Initiative vors Volk kommt?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erläutert, für den November reiche es offensichtlich nicht mehr. Der nächste ordentliche Abstimmungstermin ist im Februar. Man muss schauen, ob das mit den Vorlauffristen machbar ist. Ansonsten wäre es der nächste Termin im Mai/Juni 2025.

Traktandum 5

Nr. 28

Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Schwarb, Grüne/EVP bedankt sich namens der Grünen/EVP beim Gemeinderat für die Vorlage. Aus Sicht der Fraktion bietet der Entwurf des Gegenvorschlags gegenüber heute kaum eine Verbesserung. Es ist auch zu beachten, dass die vorgelegte Initiative bereits ein Kompromiss darstellt und im Unterschied zu den Regelungen von anderen Gemeinden und zur eidgenössischen Initiative das Abbrennen von Feuerwerk eigentlich immer noch erlaubt. Daher ist es eben ein Kompromiss. Das Hauptproblem der heutigen Feuerwerke ist sicher die Knallerei. Damit der Gegenvorschlag des Gemeinderats überhaupt Sinn macht und vielleicht auch die Chance besteht, dass das Initiativkomitee die Initiative zurückzieht, beantragen die Grünen/EVP eine kleine Ergänzung im Gegenvorschlag. Beim bewilligungsfreien Abbrennen von Feuerwerk am 1. August und an Silvester soll nur Feuerwerk mit einem geringen Lärmpegel abgebrannt werden dürfen. Technisch entspricht dies der Kategorie F1 und F2, das ist das Feuerwerk, welches man in einem Supermarkt oder ähnlichem kaufen kann. So wären also bengalische Zündhölzer, Vesuve, Sonnenräder und einfache, kleine Raketen ohne Knall immer noch erlaubt. Das Problem der Luftbelastung und des Abfalls auf öffentlichem Grund und in Privatgärten und Hausdächern ist damit zwar nicht gelöst, aber der Gemeinderat hat festgestellt, dass dies auch kein Problem sei.

Der Votant möchte vorab noch ein Wort zur Durchsetzbarkeit anmerken, die oft vorgebracht wird. Es ist in der Tat so, dass solche Vorschriften schwierig durchzusetzen sind. Das gilt aber grundsätzlich bei Vorschriften. Sonst müsste man sämtliche Gebots- und Verbotsschilder auf den Binner Strassen sofort entfernen, weil trotzdem regelmässig illegal parkiert wird, in falscher Fahrtrichtung durch eine Einbahnstrasse gefahren wird usw. Ebenso müsste man das Polizeireglement aufheben. Er konnte in den letzten Wochen beobachten, dass auf der Baustelle neben seinem Haus seit einiger Zeit über Mittag munter weitergearbeitet und gehämmert wird. Trotzdem ist der Redner froh, dass es Vorschriften gibt und wenn es ihn dann wirklich stören würde, könnte er mit Verweis auf die Vorschriften etwas sagen. Er ist also dafür, die Handhabe beizubehalten. Entsprechend beantragen die Grünen/EVP beim Gegenvorschlag die Ergänzung: «[...] darf Feuerwerk mit einem geringen Lärmpegel ohne Bewilligung abgebrannt werden.». Man kann es auch noch spezifizieren mit der Klammerbemerkung «(Feuerwerk der Kategorie F1 und F2)». Ansonsten befürwortet die Fraktion die Initiative.

Hubert Steffen, SVP teilt mit, die SVP bedanke sich bei der zuständigen Gemeinderätin für den vorliegenden Bericht. Lärm und Feinstaub sind seit jeher die gleichen Argumente für Feuerwerksverbote. Das Abbrennen von Feuerwerk soll auf dem gesamten Gemeindegebiet auf vier Gebiete nicht grösser als 1000 Quadratmeter eingeschränkt werden. Wenn das Abbrennen von Feuerwerk auf die vorgegebene Grösse eingeschränkt wird, sind die Gefahren für schwere Verletzungen und Verbrennungen sehr gross, gerade bei Kindern. Polizeikontrollen ausserhalb der bewilligten Gebiete sind unmöglich. Das würde zu einer grossen Rechtsunsicherheit führen. Einige wenige werden gebüsst, andere jedoch nicht. Es ist unbestritten, dass das Abbrennen von Feuerwerk eine ökologische Belastung und eine Belastung für Haus- und Wildtiere darstellt. Die SVP-Fraktion erinnert jedoch an die langjährige Tradition von Feuerwerken an Nationalfeiertagen und zum Jahreswechsel. Diese Tradition wird von einem grossen Teil der Bevölkerung gelebt und auch sehr geschätzt. Nicht zuletzt den Kindern ist die Vorfreude darauf bereits Tage zuvor anzumerken. In der Vergangenheit wurde als wie mehr versucht, alles zu verbieten, insbesondere auch Schweizer Traditionen. Der Votant findet, man lebe eigentlich nur noch in einer Verbots-gesellschaft. Es wird nur noch polarisiert. Gegenseitige Toleranz ist für viele ein Fremdwort geworden. Die Fraktion kann die Beurteilung des Gemeinderats sehr gut nachvollziehen und ist klar für die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Sie wünscht sich beim Gegenvorschlag, dass es keine vorgegebene Zeitlimite gibt. Mit den geplanten Einschränkungen können sie leben. Die SVP wird allen drei Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Ralph Büchelin, SP spricht dem Gemeinderat namens der SP den Dank für die Ausarbeitung dieser Vorschläge im Zusammenhang mit der Initiative aus. Die Initianten möchten unter Paragraph 8 im Polizeireglement zusätzliche Bestimmungen festlegen. Der Gemeinderat hat dies entgegengenommen und schlägt seinerseits noch Änderungen vor. Beim ersten Absatz unter Paragraph 8 steht: «Feuerwerke und

Schiessen im Rahmen von [...]» – hier möchte die Fraktion «von offiziellen Anlässen» einfügen und hinzufügen «der Gemeinde und der Bürgergemeinde». Dann kommt die Klammer «[...] (mit Schusswaffen, Geschützen, Mörsern, Böllern, Petarden) im Freien erfordern eine Bewilligung des Gemeinderats.». Damit ist auch genau definiert, was für Anlässe dies sind. Dann noch eine Anmerkung zur Klammer. Wenn der Votant liest «Schusswaffen, Geschütze, Mörser, Böller» dann erinnert ihn dies eher an eine Kriegshandlung als an eine Veranstaltung auf dem Gemeindegebiet. Man könnte sich überlegen, ob man hier eine andere Formulierung verwenden möchte, z.B. könnte man den Klammerinhalt durch «Abfeuern von Salutschüssen» ersetzen, denn es sind eigentlich keine Schusswaffen. Das ist auch ein Antrag, den die SP neben dem ersten Antrag bereits eingereicht hat.

Absatz 2 im Gemeindetext betreffend Flora und Fauna etc. ist seines Erachtens soweit ok. Im Absatz 3 wird bewilligt, dass an den Daten der Bundesfeier und von Silvester auf dem ganzen Gemeindegebiet Feuerwerk abgebrannt werden darf nebst den Zeiten, die noch definiert sind. Hier könnte man den Zusatz einfügen, dass in bestimmten, lärmsensiblen Gebieten Feuerwerk verboten wird. Das könnte z.B. bei der Herzogenmatt sein, die ein Naturschutzgebiet ist, oder im Umfeld der Altersheime. Dass man eine Begrenzung auf vier Gebiete von maximal 1000 Quadratmeter definieren soll, wie die Initiative fordert, findet die SP nicht sinnvoll. Absatz 4 betreffend Verbot bei Trockenheit etc. ist aus Sicht der Fraktion in Ordnung. Absatz 5, das Verbot von Fliegenlassen von Himmelslaternen etc. ist auch Okay, weil der Flughafen halt zu nahe ist. Man könnte natürlich den Antrag stellen, den Flughafen 5km nach Norden zu verlegen. Aber Spass beiseite, das wird wahrscheinlich nicht geschehen. Die SP unterstützt somit die drei Anträge des Gemeinderats und ihre Änderungen könnten in den Gegenvorschlag einfließen.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt den Initianten für das Aufbringen der Thematik und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags. Soweit die Fraktion lesen konnte, gab es bisher kein Problem mit illegalem Abbrennen von Feuerwerk in der Gemeinde. Die Mitte/GLP hat sich daher gefragt, ob es wirklich sinnvoll ist, ein Reglement dazu zu erlassen. Es ist aber tatsächlich so, dass das heutige Reglement sehr vage gehalten ist und wahrscheinlich bei einer Umsetzung oder wenn es einmal Probleme geben sollte, durchaus Raum für Verbesserung besteht, wenn man dies etwas konkretisieren würde. Die Fraktion unterstützt die Anträge des Gemeinderats mit der Ablehnung der Initiative und der Ausarbeitung des Gegenvorschlags. Was den Inhalt des Gegenvorschlags angeht, fanden sie, dass es nicht sehr familienfreundlich ist und wahrscheinlich auch nicht so einfach umzusetzen mit dieser zeitlichen Beschränkung auf die Abendstunden. Der Redner ist der Ansicht, am Schluss sollte man eine pragmatische Lösung haben, die der Polizei, die dann Bussen verteilen muss, und der Bevölkerung einen Mehrwert bringt und nicht zu Streitigkeiten führt. Bzgl. des Vorschlags von Thomas Schwarb weiss er nicht, wie einfach es den Leuten zu erklären ist, wenn man in der Migros oder im Coop alle möglichen Feuerwerke kaufen kann und Binningen die einzige Gemeinde ist, wo man gewisse nicht abbrennen darf. Das könnte etwas kompliziert werden. Die Mitte/GLP plädiert eher dafür, es einfach zu halten.

Leon Behrends, FDP bedankt sich namens der FDP beim Gemeinderat für die Prüfung und die Stellungnahme zur Initiative. Die Fraktion begrüsst die Tatsache, dass der Gemeinderat die Anliegen der Initianten ernst nimmt und einen umfassenden Gegenvorschlag vorlegt. Die Initiative verlangt, dass Feuerwerk und Schiessen im Freien nur mit einer Bewilligung durchgeführt werden darf ausser an spezifischen Feiertagen, für die abgegrenzte Bereiche definiert werden sollen. Diese strengeren Regelungen würden jedoch zu einer Ungleichbehandlung innerhalb der Bevölkerung führen, da nur bestimmte Zonen für bewilligungsfreies Feuerwerk vorgesehen wären. Zusätzlich wäre die Verbotszone kaum umsetzbar, da es schwierig festzustellen ist, ob Feuerwerk von ausserhalb oder innerhalb einer solch zulässigen Zone abgefeuert wurde. In einer Zeit, während der vier Tage, wo grundsätzlich schon mehr Belastung für die Gemeindepolizei herrscht, ist aus Sicht der FDP zusätzlicher Aufwand nicht dienlich. Der Gegenvorschlag hingegen bietet eine präzisierende, aber nicht einschränkende Alternative. Er belässt es bei der aktuellen Regelung für Feuerwerk an Feiertagen und ermöglicht eine einheitliche und praktikable Lösung für die Gemeinde. Diese Präzisierung begrüsst die Fraktion, da so interessierten Bürgern, die sich über den

rechtlichen Rahmen informieren möchten, im Polizeireglement zusätzliche Orientierung geboten werden kann. Für die FDP steht fest, dass der Gegenvorschlag des Gemeinderats die richtige Balance zwischen Tradition und Rücksichtnahme auf Umwelt und Anwohner findet. Deswegen spricht sich die Fraktion für die Annahme der drei Anträge des Gemeinderats aus. Gerne fügt er noch an, dass sich die FDP dem Vorredner anschliesst und auch eine möglichst einfache Version dieses Reglements begrüsst.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die positive Aufnahme dieser Idee eines Gegenvorschlags. Die Anregungen für die Ausarbeitung nimmt der Gemeinderat sehr gerne auf und sie hofft, dass relativ zeitnah der konkrete und ausgearbeitete Gegenvorschlag präsentiert werden kann.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP will die Frage bzgl. des Feuerwerks mit einem sogenannten geringen Lärmpegel klären. Das ist die Kategorie F1 und F2. Dieses Feuerwerk kann man im Coop, Migros, Aldi, Lidl etc. kaufen. Bei Kategorie F3 muss man eine kleine Ausbildung machen von ca. einem halben Tag, um es kaufen zu können oder es im Elsass einkaufen. Das ist Feuerwerk, dass dann eben knallt. Der Votant erklärt, die Personen, die einfach in den Laden gehen, machen es richtig. Die, die es im Ausland kaufen und schmuggeln, die machen es nicht richtig. Und die, die eine Bewilligung erworben haben, die wissen, wo man dieses Feuerwerk abbrennen darf.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte noch ein eigenes Votum halten. Sie ist nicht für das Verboten von jeglichem Feuerwerk. Sie findet es auch unverhältnismässig, den Kindern dies zu verbieten, wenn wir alle mit dem Auto fahren und unglaublich viel Feinstaub produzieren dürfen. Ihre Kinder haben sehr viel Freude daran. Aber der Lärm ist ein echtes Problem. Es fliegen Fledermäuse in irgendwelche Wände, weil sie sich nicht mehr orientieren können. Für die, denen die Tiere nicht so wichtig sind, weist sie darauf hin, dass sehr viele Personen mit Kriegserfahrungen in der Gemeinde wohnen, die posttraumatische Belastungsstörungen haben. Sie leiden sehr unter diesen lauten Schüssen. Zwei ihrer Schwestern haben sich als Kinder unter dem Bett versteckt, weil sie meinten, es würde jemand schießen. Es leiden also nicht nur Leute mit Kriegserfahrung darunter. Die Rednerin bittet darum, dass man der Problematik des Lärms auch Rechnung trägt und dies in den Gegenvorschlag übernimmt. Sie findet das nicht übertrieben und eine sinnvolle Einschränkung.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (Abstimmung 15)

Antrag 2: 32 JA / 3 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 16)

Die Präsidentin erläutert, im Rat wurden verschiedene Anregungen geäussert, bei denen die Gemeindepräsidentin gesagt hat, sie habe sie sich notiert und aufgenommen. Es liegen aber noch zwei Vorschläge resp. Änderungen für den Gegenvorschlag vor, die als Anträge formuliert sind. Darüber müsste der Einwohnerrat noch abstimmen.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte widersprechen, dass man über diese Anträge jetzt abstimmen muss. Es wurde kein Geschäft vorgelegt. Es ist nur eine Anregung für einen Gegenvorschlag. Das Einzige, was der Einwohnerrat heute machen kann ist, dass er dieser Ausarbeitung zustimmt. Wenn der Gegenvorschlag dann ausgearbeitet ist und hoffentlich mit den Punkten, die sich Caroline Rietschi so gut notiert hat und vielleicht auch mit den beiden Anträgen zurück in den Rat kommt, dann kann das Parlament darüber befinden. Über alles andere müssen die Anwesenden heute nicht befinden.

Präsidentin Karin Müller, SP fragt die Antragssteller, ob sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Ralph Büchelin, SP stimmt dem Votum von Christoph Maier zu. Das ist Ok für ihn.

Antrag 3: Einstimmig JA (Abstimmung 17)

- ://: 1. Der Einwohnerrat erklärt die formulierte kommunale Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» für gültig.
- ://: 2. Der Einwohnerrat lehnt die formulierte kommunale Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» in der Sache ab.
- ://: 3. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags.
-

Traktandum 6

Nr. 200/XIII

Motion Th. Haefele, FDP, und C.D. Maier, FDP: Verner Panton-Strasse

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, der Einwohnerrat komme zum Schluss noch zu einem leichteren Traktandum, welches wenig Kosten auslösen wird. Es geht schlicht und einfach darum, dass man versucht, Binningen mit einem berühmten Einwohner in Verbindung zu bringen. Mit Verner Panton. Das Postulat wurde ursprünglich von Thomas Haefele eingereicht, der im Moment über den Ratsmitgliedern sitzt, über sie wacht und sie leitet und daher zumindest im Eintreten nicht selbst zu diesem Thema reden wird. Die Anwesenden wissen, dass die Motionäre versucht haben, dem Postulat, welches bei der ursprünglichen Einreichung mit grossem Mehr überwiesen wurde, etwas Beine zu machen, weil sie festgestellt haben, dass sich der 100. Geburtstag von Verner Panton mit riesigen Schritten nähert. Sie hätten es sehr passend gefunden, wenn man Verner Panton in der Gemeinde nicht nur hätte ehren können, sondern wenn sich die Gemeinde auch selbst eine Art Ehre hätte zukommen lassen, indem sie sich etwas an diesen berühmten und guten Namen anlehnt.

Leider ist Verner Panton aber keine Frau. Und weil er keine Frau ist, kann man sich im heutigen Umfeld nicht an diesen Namen anlehnen. Oder vielleicht nur ein ganz wenig, indem man ein kleines Zimmerchen nach Verner Panton benennt oder irgendeine Fassade. Nur nicht zu offensichtlich, denn es gibt ja so viele berühmte Frauen, die in Binningen ihre Spuren hinterlassen haben, dass man diesen natürlich selbstverständlich zuerst den Vorrang lassen muss. Der Redner entschuldigt sich. Das war sarkastisch. Nein, so ist es leider nicht. Man hat es einfach bisher noch nicht geschafft, die berühmten Frauen in Binningen hervor zu bringen, an deren Namen man sich anlehnen könnte. Jetzt hat man halt Verner Panton und er ist wirklich berühmt. Der Votant fände es schön, wenn die Gemeinde sich nicht selbst mit Verner Pantons Spuren in Binningen ehren würde, sondern wenn sich Binningen etwas mit dieser Berühmtheit schmücken könnte. Das ist das Ziel dieser Motion.

Die Motionäre haben sich auch Gedanken gemacht, dass es geeignete Objekte geben würde. Nämlich eine Curt Goetz-Strasse, an der nur eine öffentliche Verwaltung steht, wo niemand in seiner Adresse beeinträchtigt würde ausser die Gemeinde, die neues Briefpapier drucken müsste. Das wäre nicht teuer, das wäre wirklich günstig. Weil an dieser Strasse am Schluss auch das Schulhaus stehen wird, kamen die Motionäre auf die Idee, auch das Schulhaus nach Verner Panton zu benennen. Die Gemeindepräsidentin war schneller. Sie hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, bei welchem alle sagen können, welche berühmte Person dem Schulhaus ihren Namen geben soll. Sie hat die Motionäre mit ihrem Vorstoss damit

überholt – der Redner sagt jetzt nicht links überholt, sondern einfach überholt – ohne die heutige Diskussion im Rat abzuwarten. Das wollte er den Anwesenden zu diesem Thema sagen und mitgeben. Er bedankt sich bei den Einwohnerratsmitgliedern, die sich dazu entschliessen können, sich der positiven Erinnerung an einen berühmten Einwohner von Binningen anzuschliessen, indem man mindestens eine Strasse, aber vielleicht sogar ein Schulhaus nach ihm benennen würde.

Karin Glaser, Grüne/EVP weiss ehrlich gesagt nicht, was Herr Panton genau für Binningen gemacht hat, ausser dass er hier gelebt hat. Wenn man das bei jedem macht, der 100 Jahre alt wird, 10 Jahre in Binningen gelebt und einmal etwas Tolles getan hat, dann liest man vielleicht irgendwann alle Namen der Anwesenden an irgendeiner kleinen Strasse, einem Weglein oder Bäumlein in Binningen. Scherz beiseite. Die Grünen/EVP schliessen sich der Ansicht des Gemeinderats an. Einen Strassenabschnitt umzubenen ist enorm aufwändig und irreführend. Abgesehen davon sind sie der Meinung, dass in Binningen tatsächlich genügend Strassen nach einem Mann benannt sind und der nächste Strassenname unbedingt einer Frau gehört, wie dies ihr Vorredner bereits erwähnt hat. Es gibt in Binningen ein ganz kleines Weglein, das Marga Bührig-Weglein, im Gegensatz zu diversen Herren, die relativ schöne Strässchen erhalten haben. Es gäbe tatsächlich viele Frauen, die in Binningen gelebt und auch in Binningen gewirkt haben und für die hiesige Gesellschaft viel getan haben. Solche Frauen wären einem Strassennamen wirklich würdig.

Zum Beispiel Maria Elisabeth Aebersold, bekannt unter Miggeli Aebersold. Sie war nebst anderem Mitglied des Basler Schriftstellervereins. Sie hat viele Sachen publiziert, ab 1945 in Binningen gelebt und 1960 den Kunstpreis der Gemeinde Binningen erhalten. Dann gäbe es noch Jeanette Marie-Louise Attiger-Sutter, eine Anwältin, Einwohnerrätin in Binningen von 1972 bis 1978 und erste Ratspräsidentin 1972, FDP-Landrätin, Präsidentin der FDP von 1984 bis 1987 und Oberrichterin von 1982 bis 1987. Oder Othella Dallas, von welcher die Rednerin persönlich Fan ist, Sängerin und Tänzerin bis ins hohe Alter. Es gäbe viele Frauen. Long story short: Die Fraktion findet, ein Schulhaus sollte nach einer Pädagogin benannt werden und nicht nach sonst jemandem, einem Architekten oder ähnlichem. Auch hier gäbe es sehr gute Frauen, die sogar in Binningen gewohnt, in Binningen gelebt und in Binningen unterrichtet haben. Herr Pestalozzi hat schliesslich auch schon ein Schulhaus in Binningen erhalten. Die Grünen/EVP sind nicht für Herrn Panton und folgen den Vorschlägen des Gemeinderats.

Nina Eldridge, Mitte/GLP legt dar, die Mitte/GLP verstehe den Wunsch der FDP, bekannte Binninger mit einer Strassenbenennung zu ehren. Doch in diesem Fall würde man eine bereits bestehende Strasse umbenennen. Nach Ansicht der Fraktion ist der Aufwand, der so ein Unterfangen mit sich zieht, für die Anwohner und die Gemeinde unverhältnismässig. Andere Optionen, welche auch der Gemeinderat erwähnt, wie eine Einrichtung oder eine neue Strasse nach Herrn Panton zu benennen, sieht die Fraktion als passendere Möglichkeit. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte/GLP die Überweisung der Motion ab.

Özlem Ipek-Avvisati, SP äussert, die SP-Fraktion sei der Meinung, dass der Designer Verner Panton geehrt werden sollte. Allerdings finden sie, dies müsse nicht durch das Umbenennen einer Strasse geschehen. Stattdessen schlagen sie vor, dass der Name «Verner Panton» einer Aula oder in Zukunft einer neuen Strasse gegeben werden könnte.

Charlotte Marti, SVP teilt mit, die SVP sehe keinen Sinn darin, jetzt eine Strasse umzubenen. Man hat sich bei der damaligen Strassenbenennung ja auch etwas überlegt, als man sich auf den Namen «Curt Goetz-Strasse» geeinigt hat. Die Rednerin möchte nicht auf die Geschichte von Curt Walter Goetz eingehen. Sicher haben sich alle über diesen Schriftsteller und Schauspieler belesen und so konnten alle ihren Wissenshorizont erweitern. Aus Sicht der Anwohner, wie auch der Gemeindeverwaltung sind solche Änderungen immer mit Kosten und grossem Aufwand verbunden, die man den Anwohnern nicht zumuten kann, möchte oder sollte. Der Aussage, dass diese Strasse nur die Gemeindeverwaltung betrifft, muss sie widersprechen. Wenn man die Karte in die Hand nimmt, geht die Curt Goetz-Strasse bis zur Baslerstrasse. Ob der neue Schulhaus Campus den Namen von Verner Panton tragen soll, «Campus»

ist so nicht klar. Es kann ja auch ein Raum in der Gemeinde nach Herrn Panton benannt werden zum 100. Jahrestag, der am 13. Februar 2026 sein wird. Das würde besser passen. Die Votantin konnte ihr Wissen über Verner Panton erweitern. Sie hat nämlich alles nachgelesen. Der Gemeinderat hat einen öffentlichen Wettbewerb für die Binninger Einwohnerinnen und Einwohner und die Schülerinnen und Schüler gestartet, um einen neuen Namen für den Campus zu finden. Die Votantin hat sich etwas daran gestört, dass man wusste, es ist noch etwas im Einwohnerrat hängig. Dem hat man jetzt vorgegriffen und diesen Wettbewerb gestartet. Die SVP findet, dass ein neuer Name auch einen gewissen Schwung in den Campus bringen und nicht 100 Jahre zurückgehen sollte. Die Kinder sollen ihren Schwung nehmen und vorwärtsblicken. Die Fraktion schliesst sich dem Gemeinderat an und wird die Motion nicht überweisen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP möchte nur einen Vorwurf entkräften bzw. diesem widersprechen. Nämlich dem Vorwurf, dass der Gemeinderat dem Vorstoss vorgegriffen habe. Schon beim ersten Postulat, dass es zu diesem Thema gab, hat der Gemeinderat angekündigt, dass er für das Schulhaus einen Wettbewerb starten werde. Es wurde schon länger angekündigt, dass dies geplant ist und jetzt wurde es einfach gemacht. Aber dass dies überraschend gekommen ist, das kann niemand sagen. Das wurde schon lange angekündigt und nun einfach umgesetzt. Letztlich findet sie es persönlich auch nett, wenn die Bevölkerung mitreden kann – auch wenn das nicht immer der Wunsch ist –, wie das neue, grosse Schulhaus heissen soll und auch die Schülerinnen und Schüler, die dort zur Schule gehen. Sie ist sehr gespannt. Dies einfach zur Klarstellung. Das wurde schon lange angekündigt und nun einfach gemacht.

Thomas Haefele, FDP muss eine Lanze für Margaretha brechen. Es wurde bisher unterschlagen, dass es in Binningen auch ein Schulhaus gibt, dass nach einer Frau benannt ist. Bei den meisten Geschäften im Einwohnerrat geht es um riesige Preisschilder. Heute Abend hat man oft den Betrag von 20 Mio. Franken gehört. Das aktuelle Geschäft wäre fast zum Nulltarif zu realisieren. Binningen könnte gratis ein wenig vom Glanz einer global bekannten Persönlichkeit in Anspruch nehmen. Der Gemeinderat schreibt von zahlreichen, negativen Auswirkungen für die angeschlossenen Liegenschaften, vom Unmut der direkt betroffenen Anwohner sowie von allfälligen Rechtsstreitigkeiten. Alle vier betroffenen Parzellen sind im Besitz der Einwohnergemeinde. Will sich die Gemeinde selbst verklagen? Ein paar Adressänderungen bei Banken und in E-Mailsignaturen sollen die Verwaltung überfordern und ein unnötiger personeller und finanzieller Aufwand sein? Wirklich ernsthaft? Das scheint dem Redner etwas kleingeistig.

Eine angebliche Schwierigkeit bei der Auffindbarkeit mit Navigationssystemen ist auch ein Witz. Denn jetzt gibt es doch eine Unklarheit und eine Verwirrung, weil zwei unabhängige Curt-Goetz-Strassen existieren. Wenn man die obere Sackgasse umbenennen würde, würde dies seines Erachtens zu Klarheit führen und den Missstand beheben. Das hat allerdings niemand erkannt. Die obere Curt Goetz-Strasse wäre nach Ansicht des Motionärs ideal, denn es würde eine Strasse, die nach einem Mann benannt ist wieder nach einem Mann benannt. Insofern wäre dies neutral. Die Umbenennung der oberen Curt Goetz Strasse in Verner Panton-Strasse wäre seines Erachtens eine einmalige Chance für Binningen. Es ist natürlich schade, wenn diese Chance wegen eines Woke-Genderwahns geopfert wird nur, weil Verner Panton ein weisser, hetero Cis Mann war. Aber egal wie die Abstimmung ausgeht, Verner Pantons Stern wird weiter leuchten. Vielleicht leuchtet der Glanz einfach etwas mehr in Weil am Rhein unter etwas weniger in Binningen.

ABSTIMMUNG

Keine Überweisung: 23 JA / 13 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 18)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Diversa

Die Präsidentin dankt allen fürs Debattieren, wünscht ihnen einen guten Heimweg und schliesst die Sitzung um 21.37 Uhr.

ER-Sitzung vom 4. November 2024

			Gesch. Nr. 63/XII								Gesch. Nr. 25
			01	02	03	04	05	06	07	08	09
Nr.	Name	Fraktion	Anpassung Traktandenliste	Überweisung des Geschäfts in die BPK	Prüfung durch BPK: Berücksichtigung der Mitwirkungseingaben	Prüfung durch BPK: Veränderung der Luftströme	Prüfung durch BPK: erleichterte Parkplatzpflicht	Prüfung durch BPK: Vorgaben für Photovoltaik	Prüfung durch BPK: Einfluss auf Wildtierwanderrouen	Prüfung durch BPK: Erschliessung durch Wärmenetz sowie Vorgaben für Anschluss	Überweisung des Geschäfts in BPK
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Glaser A.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
3	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
4	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
5	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
6	Schwarb	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
13	Müller	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Röschli	Mitte	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
24	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein
26	Häfele	FDP	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
27	Kaiser	FDP	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	Enthaltung	Nein
28	Lancashire	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
29	Lüthi - La Roche	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
31	Schori	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein
32	Setz	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
34	Kremo	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
35	Marti	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
36	Oberli	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
37	Schmid Fabini	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
38	Siegel	SVP	Nein	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
39	Steffen	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein
40	Widmer	SVP	Nein	Ja	Not voted	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Nein
TOTAL											
Ja			15	38	29	9	30	24	9	25	13
Nein			23	0	0	19	6	12	23	1	23
Enthaltungen			0	0	8	10	2	2	6	12	1
			38	38	37	38	38	38	38	38	37

ER-Sitzung vom 4. November 2024

			Gesch. Nr. 25					Gesch. Nr. 28			Gesch. Nr. 200/XIII
			10	11	12	13	14	15	16	17	18
Nr.	Name	Fraktion	Gültigerklärung der Volksinitiative Birsigpark	Ablehnung der Volksinitiative Birsigpark	Abschreibung interfr. Postulat (Gesch. Nr. 161/XIII)	Abschreibung Postulat (Gesch. Nr. 33/XII)	Behördenreferendum gegen Beschluss Nr. 3 (Annahme Volksinitiative Birsigpark)	Gültigerklärung der Initiative «Feuerwerk mit Augenmass»	Ablehnung der Initiative «Feuerwerk mit Augenmass»	Auftrag an Gemeinderat: Ausarbeitung eines Gegenvorschlags	Motion nicht überweisen
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
2	Glaser A.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
3	Glaser K.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
6	Schwarb	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Röschli	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Frauchiger	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
25	Giani	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Kaiser	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Lancashire	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Schori	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Setz	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
33	Treuthardt	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Kremo	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL											
Ja			38	13	26	38	16	38	32	38	23
Nein			0	24	9	0	22	0	3	0	13
Enthaltungen			0	1	2	0	0	0	2	0	2
			38	38	37	38	38	38	37	38	38